

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Heimut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 886 846 ppbn d

Inhalt

Dr. Hans-Jochen Vogel MdB würdigt die zehnjährige Ministerpräsidentschaft von Johannes Rau: Ein Glücksfall für Nordrhein-Westfalen.

Seite 1

Josef Vosen MdB zieht Schlußfolgerungen aus jüngsten Entwicklungsergebnissen auf dem Gebiet der Solar-Energie: Fördermittel für Sonnenenergie erhöhen.

Seite 3

Karl-Heinz Müller MdL kommentiert den Umgang mit Aussiedlern: Warnung vor neuen „Heim ins Reich“-Parolen.

Seite 4

Dokumentation:

Der saarländische SPD-Bundestagsabgeordnete Ottmar Schreiner hat an die saarländischen Abgeordneten der Koalitionsparteien appelliert, die Verschlechterung des Arbeitsförderungsgesetzes abzuwenden.

Seite 6

43. Jahrgang / 178

16. September 1988

Ein Glücksfall für Nordrhein-Westfalen

10 Jahre Ministerpräsident Johannes Rau

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der SPD-Bundestagsfraktion

Johannes Rau ist am 20. September zehn Jahre Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen. Aus diesem Anlaß werden ihm viele Menschen danken und ihm ihre Hochachtung und Verbundenheit zum Ausdruck bringen. Ich tue das als Vorsitzender für die deutschen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, aber auch ganz persönlich als Freund und Weggefährte seit fast einem viertel Jahrhundert. In dieser langen Zeit habe ich ihn als einen Menschen achten und schätzen gelernt, der sich selber stets treu geblieben ist, der sich von den politischen Alltagszwängen nicht hat verbiegen lassen und der sich deshalb zu Recht ein nicht alltägliches Maß an Glaubwürdigkeit erworben hat.

Die Herausforderungen, vor denen Johannes Rau in seiner Amtszeit stand, waren ungewöhnlich groß. Aber trotz tiefgreifender Verwerfungen ist der wirtschaftliche Strukturwandel an Rhein und Ruhr ein großes Stück vorangekommen. Nordrhein-Westfalen ist heute nicht mehr das Land von Kohle und Stahl, sondern heute ein Land mit Kohle und Stahl. Moderne Industrien, darunter vor allem die chemische Industrie und Dienstleistungsunternehmen prägen mehr und mehr die ökonomische Struktur. Und auch sonst hat sich das Bild Nordrhein-Westfalens verändert. Daß es im Land an Rhein, Ruhr und Lippe vorwärtsgeht, belegen auch die großen finanziellen Anstrengungen in den letzten und in den kommenden Jahren: Nordrhein-Westfalen hat 1984 als erstes Bundesland ein Zwei-Milliarden-Programm „Arbeit und Umwelt“ aufgelegt. Allein zwischen 1984 und 1987 sind so im Saldo gerechnet in Nordrhein-Westfalen 192.000 Arbeitsplätze entstanden. Mit 2,1 Milliarden DM hat das Land zwischen 1985 und 1987 außerdem die Schaffung von 105.000 zusätzliche Arbeitsplätze ermöglicht. Damit hat seine Regierung auf diesem Gebiet mehr getan als alle anderen Bundesländer zusammen. Nordrhein-Westfalen hat auch bereits 1983 das erste umfassende Umwelt-

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kundinnen und Kunden
mit wertvollen Rückfragen
Kreuzweg-Post



programm in der Bundesrepublik verabschiedet. Und 1985 den Umweltschutz als Staatsziel in der Landesverfassung verankert. Auf dieser Grundlage ist das Land dabei, in den 90er Jahren zur grünsten und saubersten Industrieregion der Bundesrepublik zu werden.

Mit der Gründung von fünf Gesamthochschulen und der einzigen Kontinentalen Europäischen Fernuniversität hat Johannes Rau schon als Wissenschaftsminister zwischen 1970 und 1978 den Grundstein dafür gelegt, daß Nordrhein-Westfalen heute mit einer qualifizierten Ausbildung seiner jungen Menschen für die Zukunft gut gerüstet ist. 1966, als die Sozialdemokraten unter Heinz Kühn in Nordrhein-Westfalen die Regierungsverantwortung übernahmen, gab es im ganzen Ruhrgebiet nur 2.000 Studierende. Heute sind es allein an den fünf Universitäten im Ruhrgebiet über 100.000 Studentinnen und Studenten. Damit ist eine unserer zentralen Forderungen, nämlich die nach gleichen Bildungschancen für alle, in beispielhafter Weise verwirklicht worden. Zudem blüht zwischen Detmold und Aachen, zwischen Wesel und Siegen - von Johannes Rau energisch gefördert - ein reiches Kulturleben. Und nicht ohne Grund hat die UNESCO jüngst das Ruhrgebiet als eine der dichtesten Theater- und Museenlandschaften der Welt gewürdigt.

Mit Johannes Rau an der Spitze hat die SPD am 11. Mai 1980 erstmals in Nordrhein-Westfalen die absolute Mehrheit errungen. Und sie im Jahre 1985 noch weiter ausgebaut. Die Menschen haben gespürt, daß sie mit ihren Sorgen bei Johannes Rau und den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gut aufgehoben sind. Daß man sich auf sie verlassen kann. Und daß Johannes Rau Solidarität meint, wenn er von Solidarität redet.

So war es nahezu selbstverständlich, daß die Betroffenen ihn als Vermittler riefen, als die Lage in Rheinhausen aussichtslos erschien. Und daß er trotz hohen Risikos ohne Zögern eingriff. Daß sich Unternehmer zum ersten Mal verpflichteten, Ersatzarbeitsplätze am Ort zu schaffen, war auch auf diese Vermittlung zurückzuführen.

Zu den Erfolgen, von denen hier die Rede ist, haben viele beigetragen. Die Regierung, die SPD-Landtagsfraktion, die Partei, die gesellschaftlichen Gruppen. Johannes Rau hat sie zusammengeführt.

Sein Führungsstil „Zuhören, Diskutieren, Entscheiden“, anfangs von vielen belächelt, hat sich durchgesetzt; er hat Geschlossenheit und Erfolg gebracht. Er ist der Mann, der mit dem Stahlarbeiter genauso spricht und diskutiert, wie mit dem Vorstandsvorsitzenden eines Weltunternehmens. Und der sein Land auch im Ausland überzeugend zu repräsentieren weiß. Er ist - um mit Helmut Schmidt zu sprechen - ein Glücksfall für Nordrhein-Westfalen, aber auch für die deutsche Sozialdemokratie.

(-/16.9.1988/va-ha/rs)

* * *

Fördermittel für Sonnenenergie erhöhen

Zu den neuesten Entwicklungsergebnissen auf dem Gebiet der Solarspeicherung

Von Josef Vosen MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Forschung und Technologie

Der Durchbruch, den die Firma Bomin-Solar, Lörrach, zusammen mit dem Max-Planck-Institut für Strahlenchemie in Mülheim an der Ruhr und dem Institut für Kerntechnik und Energiewandlung der Universität Stuttgart beim Solarspeicher erzielt hat, eröffnet bedeutsame Perspektiven für eine Stromversorgung ohne Atomkraft.

Das Projekt eines Solar-thermischen Kraftwerks mit Hochtemperatur-Wärme-Speicher auf der Basis von Magnesiumhydrid befindet sich zwar noch in der Entwicklungsphase auf dem Weg vom Prototyp hin zu einem ersten vollständigen Kleinmodell von etwa zehn bis 15 kW. Relativ rasch könnten sich aber im Erfolgsfall dieses Modell größere Einheiten von bis zu 1 MW anschließen.

Während die bisherigen Prognosen für die Jahrtausendwende allenfalls zwischen zehn Prozent und 15 Prozent an Energie- und Stromlieferungen aus alternativen Energiequellen zugestehen, kommen jetzt 20 Prozent und mehr in Reichweite.

Voraussetzung für eine solche Entwicklung ist aber, daß der Bundesforschungsminister jetzt endlich mit einer ernstgemeinten Förderung von alternativen und regenerativen Energiesystemen beginnt und nicht die skandalöse Alibi-Förderung weiterbetreibt, die seit 1982 der nicht-nuklearen Energieforschung jährlich 200 bis 300 Millionen DM schon entzogen hat und weiter entzieht.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird im laufenden Haushaltsverfahren mit Aufstockungsanträgen der Fördermittel für die nicht-nukleare Energieforschung einen ihrer Schwerpunkte setzen.

(-/16.9.1988/vo-h/rs)

* * *

Warnung vor neuen „Heim ins Reich“-Parolen

Bayerische SPD-Landtagsfraktion setzt Arbeitsgruppe „Aussiedler“ ein

Von Karl Heinz Müller MdL

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im bayerischen Landtag

Die bayerische SPD-Landtagsfraktion hat im Rahmen ihrer Klausurtagung die Einsetzung einer Arbeitsgruppe beschlossen, die sich mit den spezifisch landespolitischen Aspekten der Aussiedlerproblematik beschäftigen wird. Sie wird - unter meinem Vorsitz - eine Reihe von Vorschlägen und parlamentarischen Initiativen erarbeiten.

Es ist erfreulich, daß es im Grundsatz zwischen den Parteien einen Konsens über die Notwendigkeit gibt, die Aussiedler mit offenen Armen aufzunehmen und ihnen jede mögliche Hilfe zuteil werden zu lassen. Wir warnen allerdings vor neuen „Heim ins Reich“-Parolen, wie sie vor allem in Reden von Ministerpräsident Strauß anklingen und bei denen man sich des Eindrucks nicht erwehren kann, daß die CSU die Aussiedler vor allem auch als Wählerklientel im Auge hat.

Gerade unanständig ist auch der offenkundige Versuch, im Bewußtsein der Bevölkerung die Aussiedler gegen die Asylbewerber auszuspielen zu wollen. Es ist leider zu befürchten, daß viele Aussiedler jetzt die Folgen jener Ausländerfeindlichkeit zu spüren bekommen, die von den Unionsparteien in den letzten Jahren aus demagogisch-populistischen Gründen bewußt und zielstrebig geschürt wurde. Daraus ergeben sich jetzt auch die ideologischen Verrenkungen der CSU gegenüber ihren Wählern, für die Ausländer gleich Ausländer sind. Dies gilt vor allem für die Sprachschwierigkeiten und die so völlig anderen Lebensgewohnheiten der Aussiedler.

Mit vollmundigem Sprücheklopfen ist den Aussiedlern freilich nicht gedient. Vielmehr soll jetzt die CSU ihrem Wohnungsbauminister Schneider klarmachen, daß mit 50.000 Mark Zuschuß aus Bundesmitteln keine preisgünstige, familiengerechte Wohnung gebaut werden kann; dieses Problem bleibt auch dann bestehen, wenn Bayern nochmals den gleichen Betrag drauflegt. Es darf auch nicht so kommen, daß wegen des Aussiedlerwohnungsbaues die Mittel für den allgemeinen Wohnungsbau gekürzt werden. Angesichts der zahlreichen Wohnungssuchenden hierzulande, vor allem junger Familien und Alleinerziehender, würde dies die ohnehin vorhandenen Vorbehalte gegenüber den Aussiedlern nur verstärken.

Als weitere vordringliche Punkte sehe ich die Rücknahme der Sprachförderung von der Bundesanstalt für Arbeit (BfA) - dort stellt sie eine völlig versicherungsfremde Leistung dar - und eine erhebliche Aufstockung der Mittel für die Sprachförderung: Gerade die Sprachschwierigkeiten sind ein Haupthindernis für die gewünschte rasche Eingliederung. Hier muß vor allem Druck auf den Bundesfinanzminister ausgeübt werden.

Wenig durchdacht ist der Vorschlag des Staatsministers für Bundesangelegenheiten und Europafragen, von Waldenfels, die Aussiedler schwerpunktmäßig im Grenzland und in den strukturschwachen Gebieten anzusiedeln. Das ist wieder ein Kurzschluß im Wortsinn. Offenbar soll damit die anhaltende Abwanderung aus diesen Gebieten optisch geschönt werden. Nur wird damit weder ein Beitrag zur Integration noch zur Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze geleistet. Außerdem werden auch damit nur die Vorurteile bei den heimischen Bewohnern verfestigt. Schon jetzt sind der SPD-Landtagsfraktion Äußerungen von einzelnen Unternehmern bekannt, die Arbeitssuchenden erklärten, „wenn Ihr nicht zu meinen Bedingungen arbeitet, hole Ich eben die Russen“.

Nach Meinung der SPD-Fraktion müssen parallel zur vorbehaltlosen Aufnahme der Aussiedler die Bemühungen der Bundesregierung verstärkt werden, durch Gespräche und Verhandlungen mit den osteuropäischen Ländern auf Verbesserungen der Lebensbedingungen für die deutschstämmigen Minderheiten zu dringen, die diesen Menschen einen Verbleib in ihrer angestammten Heimat lebenswert erscheinen lassen, wie dies beispielsweise in Ungarn geschieht.

Ein gedankenloser sprachlicher Mißgriff ist es schließlich, daß der für die Durchführung der Aussiedlermaßnahmen in Bayern zuständige Sozialminister Gebhard Glück per Ministerratsbeschluß ausgerechnet als Staats-„Kommissar“ bezeichnet wurde. Auch in der Bayerischen Staatskanzlei sollte eigentlich bekannt sein, daß Menschen gerade aus Rußland, Polen oder Rumänien mit dem Begriff des „Kommissars“ gedanklich einen Menschentyp verbinden, der zu ihren Ausreisewünschen nicht unwesentlich beigetragen hat. Ist Herrn Strauß da wirklich nichts Besseres eingefallen?

(-/16.9.1988/vo-he/rs)

* * *

DOKUMENTATION

Ottmar Schreiner: Verschlechterung des AFG abwenden

Der saarländische SPD-Bundestagsabgeordnete Ottmar Schreiner hat in einem Brief an die saarländischen Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU- und FDP-Bundestagsfraktion darum gebeten, die Verschlechterung des Arbeitsförderungsgesetzes abzuwenden. In dem Brief heißt es unter anderem:

Angesichts drohender massiver Verschlechterungen in der Arbeitsmarktpolitik wende ich mich in Form eines „Offenen Briefes“ an Sie. Am 20. September werden die Fraktionen von CDU/CSU und FDP über die Einbringung der 9. Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes zu entscheiden haben. Um das Gesetzgebungsverfahren abzukürzen, soll nicht - wie üblich - die Bundesregierung diese Novelle einbringen, sondern die die Regierung tragenden Fraktionen.

Nach meinen Erkenntnissen wird die Novelle zu starken finanziellen Einbußen bei den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen führen und hier insbesondere bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und bei Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen (FuU). Abgesehen von weiteren beabsichtigten und zu kritisierenden Einschränkungen durch diese Novelle, wie zum Beispiel die Begrenzung der Arbeitslosengeldbezugsdauer für Jugendliche unter 20 Jahren auf maximal sechs Monate und von 20- bis 25jährigen auf maximal neun Monate, dürften die Einsparungen alleine bei den oben angegebenen Maßnahmen in Höhe von netto 600 Millionen DM - insgesamt sollen mit der neunten AFG-Novelle 1,8 Milliarden DM eingespart werden - zu fatalen Folgen für die Arbeitslosen und ihren Familien führen.

Bundesweit sind derzeit 120.594 Menschen in AB-Maßnahmen beschäftigt und haben so zumindest zeitweise keine akute Existenzangst mehr. Davon werden 38 v.H. der Stellen (= 45.825 Menschen) zu 100 Prozent von der BA gefördert. Für das Saarland gilt, daß von 1.004 im ersten Halbjahr 1988 begonnenen Maßnahmen mit 2.803 beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern 390 Maßnahmen (= 38,85 Prozent) mit 1.577 Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern (= 56,26 Prozent) gemäß § 91 AFG zu hundert Prozent finanziert werden.

Bedenken Sie bei Ihrer Diskussion in der Fraktion die vielfältigen Aspekte von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen: Da ist zum einen die wenn auch zeitlich befristete und damit insgesamt sicherlich unbefriedigende Möglichkeit vieler Menschen, insbesondere Langzeitarbeitsloser, einige Jahre der unwürdigen Arbeitslosigkeit zu entkommen, zum anderen basieren gesellschaftlich notwendige humane, soziale und ökologische Dienste auf der Arbeitskraft von in AB-Maßnahmen Beschäftigten und schließlich sind viele soziale Dienstleistungsträger auf AB-Kräfte angewiesen, um überhaupt existieren zu können.

Eine Höchstförderung von 80 v.H. der Personalkosten - die Sachkosten obliegen den jeweiligen Trägern schon jetzt vollständig - würde zum Auslaufen zahlreicher AB-Projekte und damit zum weiteren Anstieg der Massenerwerbslosigkeit, zu einer steigenden Mutlosigkeit der Betroffenen und zu einer Vernachlässigung dringender Aufgabenfelder führen. Vor allem Träger wie die ohnehin schon finanziell überbelasteten Kommunen, die AIDS-Hilfe, die Arbeitslosenbeihilfen, die Arbeiterwohlfahrt et cetera werden ihre Dienste nicht mehr im bisherigen Umfang anbieten können.

Die Solidargemeinschaft der Versicherten ist in den letzten Jahren mehrfach zu einem finanzpolitischen Verschiebebahnhof benutzt worden. Ich erinnere daran, daß mit der 8. AFG-Novelle entgegen unserem Willen der Bundeshaushalt zu Lasten des BA-Haushalts stark entlastet worden ist. Sonderprogramme für benachteiligte Jugendliche, Sprachkurse für Aussiedler und asylberechtigte Flüchtlinge sowie Leistungen nach dem Bundesbeihilfegesetz für arbeitslose Jugendliche haben mit dazu beigetragen, daß der BA-Haushalt defizitär wurde. Diese finanzpolitische Verschiebepolitik müssen nun wiederum die Arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit Bedrohten tragen.

Meine herzliche Bitte ist, daß Sie darauf hinwirken, daß die von Bundesarbeitsminister Blüm geplante 9. AFG-Novelle von Ihrer Fraktion so nicht in den Bundestag eingebracht wird. Dem Ansehen des Parlamentes würde es gut anstehen, wenn sich die Koalitionsparteien nicht zum bloßen Erfüllungsgehilfen der Bundesregierung degradieren ließen, die sie gemäß dem Verfassungsauftrag eigentlich kontrollieren sollten.

(-/16.9.1988/vo-ha/rs)